



Arbeiter-Stimme



ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1.20 Deutschland Mark 1.20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telephon R 30-9-58

3. J.

Wien, März 1929

Nr. 41

Stalin mordet proletarische Revolutionäre.

Flugblattaufwurf der Leninopposition in Moskau.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Genossen!

Gleich nach der Uebergabe des Genossen L. Trotzky, des Führers der Oktoberrevolution, in die Hände der Weißgardisten, wurde gegen die besten Söhne des Proletariats, die Bolschewisten Leninisten, die Verteidiger der Oktoberrevolution, eine ganze Reihe von Repressionsmittel angewandt.

63 Bolschewiken-Oppositionäre, darunter die Genossen Dreizer, Gaewski, Grinschenko, Grinschtein, Naumoff, Mino, Bronstein, Marenko, Walentinoff, Subroff, Iwanoff u. a., sind nach dem Zuchthaus Tobolsk, welches man jetzt als „Isolator“ bezeichnet, verbannt worden.

Die Parteiführer haben keinen Mut, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen; sie schweigen über dieses neue Verbrechen.

Den Verwandten und Freunden der Verhafteten ist erklärt worden, daß sie nach Sibirien verbannt werden sollten. Auch den Verhafteten ist erklärt worden, daß sie laut Bestimmung der GPU, nach Sibirien verbannt werden sollten. Man hat sie aber nach dem Zuchthaus Tobolsk gebracht.

Die Forderungen nach warmen Kleidern oder warmen Schuhen sind ohne Antwort geblieben. Dem alten Bolschewik-Genossen Drobnis sind beide Beine erfroren.

Das Regime des Zuchthaus ist unerhört. Jede Uebersendung von Sachen an die Verbannten ist verboten. Die Verhafteten dürfen sich nicht auf eigene Kosten verpflegen. Ein Zusammenkommen der Verhafteten ist untersagt. Auch auf die Schwererkrankten (Wannoff u. a.) wie auch auf die Genossin Turmann, welche im 7. Monat schwanger ist, wird dieses Regime ohne Ausnahme angewandt.

Aus Protest gegen den unerhörten, ungesetzlichen Aufenthalt in dem Zuchthaus, aus Protest gegen das unerhörte Regime, haben die 63 Genossen am 4. Februar einen

Hungerstreik

erklärt. 12 Genossen, darunter der Genosse Dreizer, ein Held des Bürgerkrieges, welcher zwei Orden der roten Fahne hatte, sind in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus des Zuchthaus überführt worden.

Der Hungerstreik geht ununterbrochen weiter.*)

Genossen! In dem Sowjet-Zuchthaus sterben 63 Bolschewisten. Alle Arbeiter sollen diesen Fall genau wissen. Verbreitet diese Flugblätter, erzählt es den Arbeitern bei der Arbeit, schreibt es Euren Freunden ins Ausland. Alle Proletarier müssen um dieses Verbrechen wissen.

Protestiert sofort, es kann sonst zu spät werden. Protestiert gegen das ZK., gegen die ZKK. Protestiert in den Parteikomitees, in den Zellen, in den Redaktionen, gruppenweise und einzeln. Sprecht in den Versammlungen, wählt Delegierte zur Unterstützung der Familien der Gefangenen.

Die Verantwortung für das Leben der 63 Bolschewiken, welche alles für die Arbeiterklasse geopfert haben, liegt auf uns allen, auf jeden Arbeiter, auf jedem Mitglied der Partei.

Bolschewisten-Leninisten
(Opposition)

Moskau, den 15. Februar.

*) Heute ist schon der 12. Tag des Hungerstreiks.

Sammelt für die Trotzky-Hilfe!

Vor kurzer Zeit tagte in Kachen eine Konferenz, auf welcher die versammelten Vertreter revolutionärer Organisationen beschlossen haben eine

Trotzky-Hilfe

zu organisieren und materielle Mittel zur Rettung und Unterstützung Leo Trotzky und der anderen revolutionären Kämpfer, die sich in Lebensgefahr befinden, zu sammeln.

Zu diesem Behufe hat die KPOe (Opposition) Sammelisten herausgegeben. Wir wenden uns an alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Es ist eine russische Sache die konsequentesten, heldenmütigsten, standhaftesten Kämpfer für eure Klasseninteressen in ihrer Lebensgefahr zu unterstützen!

Spendet und sammelt!

Aus allen Betrieben, aus euren Versammlungen, Konferenzen schickt eure Proteste gegen die Verbannung und Ausweisung Trotzky und seiner Mitkämpfer an die Sowjetregierung über die Adresse: Gesandtschaft Sowjetrußlands, Wien, III., Reißnerstraße.

Die Leitung der KPOe (Opposition).

Neuwahlen?

Mit ihrer faschistischen Offensive hat die Bourgeoisie zweifellos an Boden gewonnen. Aber noch nicht so viel, daß sie den Entscheidungsstoß schon jetzt wagen könnte.

Eine Lösung der Mieterschutzfrage im kapitalistischen Sinne ist daher jetzt nur im demokratischen Weg möglich, wobei es die Bourgeoisie an außerparlamentarischer Nachhilfe natürlich nicht fehlen ließe.

Die Volksabstimmung, da sie die Frage zu klar stellen würde, erscheint den Kapitalisten nicht zweckmäßig. Darum eher Neuwahlen als Volksabstimmung und Neuwahlen erst im Herbst, weil vielleicht doch bis dahin die Hundertmillionendollaranleihe sicher sein könnte. . . .

Inzwischen wird trotz alles Geschreies von Volksabstimmung und Neuwahlen emsig am Kompromiß verhandelt. Die Sozialdemokratie hat — auf Kosten der Arbeiter versteht sich — so viel Nachgiebigkeit bewiesen (namentlich in der Erhöhung der Mietzinse) und sie beweist auch jetzt in den Lohnkämpfen so viel „Einsicht in die Notwendigkeit der Wirtschaft“, daß alle Voraussetzungen für ein der Kapitalistenklasse günstiges Kompromiß gegeben ist. Nur will die Bourgeoisie mehr. Sie will der SP nicht einmal die Möglichkeit gönnen die Preisgabe der Mieter maskieren zu können: nur die Privatkapitalisten sollen nach der staatlichen Bauförderungsvorlage Bauzuschüsse bekommen, nicht auch die Gemeinden, wie es die SP verlangt!

Es gibt kapitalistische Schichten, die auf längere Sicht spekulieren: Neuwahlen, Liquidierung des Mieterschutzes durch Koalition mit der SP, durch sinnfällige Kompromissierung der Sozialdemokratie Bahn frei für den faschistischen Endstoß.

Unbeirrt durch all dies führt der entschlossene Teil der Bourgeoisie die faschistische Offensive fort. Vaugoin und Steidle sprechen deutlich und wenn Steidle selbst um die kapitalistischen Juden wirbt, so ist das noch deutlicher als seine Drohungen.

Kampf um den Mieterschutz, um höhere Real-löhne, um Arbeit und Brot den Arbeitslosen heißt: Kampf dem Faschismus!

So schaut sozialdemokratische Regierungspolitik aus!

7 Milliarden Mark Steuern auf die Arbeiter!

Im deutschen Reichstag schlägt der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding (ein linker à la Otto Bauer) Steuern vor, die sieben Milliarden Mark Belastung mehr auf die Arbeiter wälzen sollen. In seiner Rede zur Begründung leistete Hilferding sich folgende Schlagler:

„Besondere Ausgaben sind uns durch die große Arbeitslosigkeit entstanden. Wir werden aber im Laufe des Jahres eine Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vornehmen, um mit weniger Mitteln auskommen zu können.“

Die Höhe der Steuern die heute schon auf der Wirtschaft lasten, ist sehr bedenklich. Ich denke

deshalb daran, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit die Kapitalbildung nicht vermindert wird. Es liegt im Gesamtinteresse des deutschen Volkes, besonders auch der Arbeiterschaft, wenn die deutsche Wirtschaft in ihrer Kapitalkraft gestärkt wird. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Das wichtigste ist für die Regierung die Ausgaben zu verringern. (Sehr richtig! rechts.) Das ist nun schwer möglich. Ich bin immer für wirtschaftlich vernünftige Streichungen im Etat zu haben. Ich habe vorgeschlagen, die Biersteuer und die Steuer auf Branntwein zu erhöhen?

Totengräber der revolutionären Arbeiterbewegung.

Statt bolschewistischer Realpolitik — hysterisches Geschrei

Von L. Stiff.

Furchtbar lastet der wirtschaftliche Druck auf der österreichischen Arbeiterklasse. Tief unter dem menschlichen Lebensniveau leiden Hunderttausende im Betrieb stehende Arbeiter mit ihren Familien bitterste Not. Dazu das mörderische Tempo der Rationalisierung, die fort und fort erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft und damit verbunden die rapide Zunahme der Betriebsunfälle.

Achtstundentag, Urlaubs- und Betriebsrätegesetz werden auf die raffinierteste Art von den Unternehmern durchbrochen und bestehen vielfach nur mehr auf dem Papier.

Ueber 340.000 statistisch geführte Arbeitslose mit einer Hungerrente, die täglich eine erhebliche Anzahl in den Selbstmord treibt. Rechnet man zu den Arbeitslosen ihre Frauen und Kinder, die von der Hun-

gerrente ihrer Ernährer leben müssen, so ergibt sich eine erschreckende Ziffer von in furchtbarster Notlage an den Abgrund der Verzweiflung getriebener Arbeiter.

Es wäre aber eine gefährliche Illusion anzunehmen, die Bourgeoisie gebe sich damit zufrieden. Seit langem rüstet die Regierung, um die letzten noch bestehenden Positionen der Arbeiterklasse völlig zu beseitigen. Die Zinsgeier können den Abbau des Mieterschutzes vor ungeduldiger Gier nicht mehr erwarten. Seit Jahren werden von der Kapitalistenklasse Banden ausgerüstet, die unter dem Namen Heimwehren nach dem Beispiel Mussolinis die offene faschistische Diktatur anstreben. Von dem Mord an Birnecker, Kovarik, Stil bis zum Raub der Arsenalwaffen über Scharfendorf zum 15. Juli — von der von der Sozialdemo-

kratie als harmlos bezeichneten Frontkämpferspielerei bis zum Heimwehr und Betriebsfaschismus — vom Marsch nach Wr. Neustadt bis zum Ueberfall auf das Gloggnitzer Arbeiterheim — vom Raub der Waffen in der Vorwärtsdruckerei bis zum ersten Aufmarsch der Heimwehren am 24. Februar in Wien, nähern wir uns im raschem Tempo der offenen faschistischen Diktatur. Schon kündigt Steidle, einer der Führer des Heimwehfaschismus den endgültigen Marsch nach Wien an. Aus einer am 10. März in Spital a. d. Drau gehaltenen Rede, entnehmen wir folgende wörtliche Drohung:

„Von heute ab wird kein Kompromiß geschlossen! Nach Wr. Neustadt sind wir auch nach Wien gekommen, wo die Entscheidung fallen wird und muß. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir das Zentrum unseres Gegners für unsere Idee erobert haben es muß weiter gearbeitet werden, bis der Tag kommt, an dem wir in die Bundeshauptstadt und rote Zentrale einbrechen werden“.

Ist diese Drohung an die Arbeiterschaft noch immer nicht deutlich genug?! Für die österreichische Sozialdemokratie, der ja bekanntlich die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse folgt, noch nicht. Für die ist die Gefahr der offenen faschistischen Diktatur in Oesterreich ein weltfremder Begriff, für sie gibt es nur die unantastbare geheiligte Demokratie und je mehr die Regierung ihre Polizei mit Panzerautos, Tränengas und Maschinengewehre ausrüstet, die Wehrmacht zu einem „verläßlichen“ Instrument macht, Heimwehverbänden bewaffnet, offen zum Bürgerkrieg rüstet, desto größer das Geschrei der SP von „Frieden“ und „gegenseitigen Abrüsten“. Statt unerbittlichem Kampf gegen den Faschismus ein ängstliches Herum-Hanövrieren, ein Gebettel um Koalition, ein dem Kampf Ausweichen. Dafür jongliert sie umso heftiger in den Ausschüssen und Unterausschüssen des Parlaments mit leeren Drohungen herum, damit sie um so leichter vor der Arbeiterschaft, die sie bei jeder Gelegenheit mit den „demokratischen Hineinwachsen in den Sozialismus“ tröstet, ihre Kapitulationspolitik maskieren kann.

Soll der Arbeiter deswegen verzweifeln und den Glauben an die Arbeiterklasse verlieren? Keineswegs! Nur ein gedankenloser, marxistisch ungeschulter Arbeiter kann an der historischen Mission der Arbeiterklasse zweifeln. Natürlich an die historische Mission der Sozialdemokratie glaubt kein überzeugter Marxist mehr, daran zweifeln bereits in allen Ländern viele Millionen Arbeiter. Auch bei uns in Oesterreich zweifeln daran schon sehr viele Arbeiter. Man müßte taub sein, um den Pulsschlag unserer Arbeiterbewegung nicht zu hören, um den, wenn auch vorerst noch sehr langsamen aber doch ständig zunehmenden Radikalisierungsprozeß der Arbeiterschaft nicht zu erkennen. Gerade dieser Prozeß, der uns Marxisten vor eine wichtige Etappe stellt, zwingt uns rücksichtslos vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit die sich entgegstellenden Schwierigkeiten aufzuzeigen, und alle unsere Kräfte aufzubieten, um den allmählich zunehmenden Radikalisierungsprozeß zu beschleunigen und auf die richtige marxistische Bahn überzuleiten.

Während die Sozialdemokratie für ihre Politik keine revolutionäre, sondern eine zahme, von demokratischen Illusionen erfüllte Arbeiterschaft braucht, setzen wir Marxisten alles daran, die breiten Massen des Proletariats mit revolutionärem Geist zu beselen, um sie endlich in den Entscheidungskampf zur Zerstörung der morschen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zur Errichtung des proletarischen, sozialistischen Staates führen zu können. Die Grundvoraussetzung dazu aber ist das Vorhandensein einer Partei, einer Internationale, die diesen gewaltigen Aufgaben gewachsen sind.

Ja, besteht denn nicht die „**Kommunistische Internationale**“ mit ihren Sektionen in den einzelnen Ländern? Jawohl, die bei Lenin's Lebzeiten gegründete Kommunistische Internationale mit ihren Sektionen besteht! Aber eines hat aufgehört zu bestehen! Jenes von unserem unvergesslichen Führer Lenin vor seinem Tode der Kommunistischen Internationale hinterlassene Vermächtnis. Der Führung der Kommunistischen Internationale haben sich Männer bemächtigt, die das Werk Lenins zu zertrümmern drohen, die die alte leninistische Garde zu Tausenden in die Gefängnisse oder sibirische Verbannung schicken, die den Helden des roten Oktobers und den neben Lenin bedeutendsten Führer der russischen Revolution unseren teuersten Genossen, dem Millionen Arbeiterherzen entgegen schlagen, Leo Trotzky, aus seiner proletarischen Heimat vertrieben und damit sein Haupt den konterrevolutionären Schergen ausgeliefert.

Die Hemmung in dem Prozeß der Radikalisierung des Proletariats hier hat sie ihre Hauptwurzel. Wie sind beispielsweise die Verhältnisse bei uns in Oesterreich? Welcher Weg steht den mit der sozialdemokratischen Politik unzufriedenen Arbeitern offen? **Hinein in die „Kommunistische Partei“**? Es wäre gewissenlose Verantwortunglosigkeit, würden wir uns um diese Frage drücken. Gerade jetzt, wo tausende sozialdemokratische Arbeiter mit sich ringen und den richtigen Weg aus ihrer bedrängten Situation suchen sind wir Marxisten der Arbeiterschaft schuldig, rücksichtslos klar und offen auszusprechen, ob sie in der Kommunistischen Partei Oesterreichs jene Partei finden, die das Proletariat zur Führung des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie braucht.

Durch Jahre hindurch haben wir uns ehrlich mit dem Angebot unserer ganzen Kräfte bemüht innerhalb der KPOe den Geist einer nüchternen **bolschewistischen Realpolitik** zum Durchbruch zu bringen. Diese Anstrengungen wurden durch die vom stalinistischen Zentralkomitee in den Jännertagen 1927 durchgeführte Spaltung, wodurch ein beträchtlicher Teil der besten und aktivsten Arbeiter ausgeschlossen wurde, zunichte gemacht. Haben doch die Parteilitungen ihre Blicke niemals zu den Massen gerichtet, sondern immer nur gestarrt auf die Moskauer Fraktionsmacher, auf die „Moskauer Konjunktur“. Ja nicht in Ungnade fallen bei den Macht- und Geldhabern! — das war die Hauptlosung aller dieser sinowjitschen, dann stalinistischen Zentralkomitees. Infolgedessen mußten die Kommunistischen Parteien immer tiefer verfallen. In

Oesterreich ist so der letzte Kredit bei den Arbeitern schon hin. Waren heute die Mitglieder des ZK 100-prozentige Sinowjewleute, so haben sie am nächsten Morgen da der Wind in Moskau umschlug in das Horn Stalin blasend, ihre gestrigen Bundesgenossen als gefährlichste „Konterrevolutionäre“ verdammt. Uebrigens ein ebenbürtiger Bundesgenosse, dieser Gregor, der Feind Sowjetrußlands von gestern, Chefredakteur der „Pravda“ von heute. Was Gesinnungsfestigkeit anbelangt ist die nahe Verwandtschaft nicht zu bestreiten. Da alle diese Parteileitungen kein Verständnis für die Bewegung der österreichischen Arbeiterschaft hatten und auch nicht haben konnten, denn als „getreue Diener“ dürfen sie kein Rückgrat besitzen, mußten sie von einem Extrem in das andere verfallen. Bald sehen sie den „Himmel voller Geigen“, einige Wochen später versinken sie vor lauter „Ohnmachtsgefühl der Arbeiterklasse“ in tiefen Schlaf.

Wer erinnert sich denn nicht noch an die lächerliche Rolle, die die Partei bei den letzten **Nationalratswahlen** spielte? Am 23. April bis zum Wahnsinn übertriebener Optimismus. Die R. F. konnte nicht genug von den massenhaft besuchten Wählerversammlungen berichten. In balkenlangen Lettern wurde von der Begeisterung (!) der Arbeiter für die KP berichtet. „Die Arbeitslosen wählen kommunistisch“, „die Obdachlosen Wiens haben sich einstimmig für die kommunistische Liste entschieden“ usw. Fürchterlicher Katzenjammer mußte diesem überschwenglichen Illusionismus auf den Fersen folgen. Katastrophale Niederlagen auf der ganzen Front. „Die Illusion hat gesiegt“, so am 26. April in der R. F. und in seiner Rede zum Bericht des IX. Parteitagess stammelt der Sekretär der Partei Kopenig: „Die Nationalratswahlen haben der Partei eine Niederlage gebracht. Die Partei hat sich zwar keinen Illusionen hingegeben, aber wir haben doch geglaubt“ Und wie sie geglaubt haben! Nur den Glauben an die Arbeiterklasse haben sie gleich darauf verloren, denn in der darauf folgenden Diskussion zum IX. Parteitag konnte die R. F. nicht oft genug vom „Ohnmachtsgefühl“ der Arbeiterklasse fasseln.

Daraus erklärte sich auch der tiefe Schlaf der Partei, aus dem sie erst durch die vollzogenen blutigen **Juliereignisse** vorübergehend geweckt wurde. Umso bezeichnender war die Stellungnahme des Präsidiums des Ekki der Komintern zum Wiener Juli-Aufstand:

„Mit Entschiedenheit müssen die verleumderischen Behauptungen der Ultralinken zurückgewiesen werden, als ob die Partei während der Ereignisse nicht zu sehen waren“ oder „nicht da war“ usw. Die Partei stellte sich an die Spitze der kämpfenden Arbeiter“.

Und wie! Der Vorsitzende der Partei verbrachte irgendwo seinen Erholungsglaub und war ganz entsetzt über diese unerwarteten Ereignisse. Die anderen in ihrem Bewußtsein „des Ohnmachtsgefühls der Arbeiterklasse“ fest schnarchend, waren im ersten Atemderart kopflos, daß, bevor sie ihre Gesinnung wieder erlangten, von der rasend gewordenen Schober-Polizei hunderte zerschossene Arbeiterleiber mit ihrem Blute die Straßen des „roten“ Wien färbten.

Was Wunder, wenn die Arbeiter diese Partei nicht ernst nehmen und den Glauben an die SP verlierend kein Zutrauen zur KP in den Morast des Indifferentismus versinken, wenn nicht gar den Lockungen des Heimwehfaschismus verfallen? Ist Obersteiermark nicht ein schlagender Beweis dafür?

Die Mitglieder der Partei, soweit sie keine Scheuklappen vor den Augen haben, müssen diese Behauptungen unterstreichen. Anders das ZK der KPOe. In seiner vor dem X. Parteitag vom erweiterten ZK angenommenen Resolution lesen wir zum **7. Oktober**:

„Der Ablauf des 7. Oktober zeigt an einem praktischen Beispiel die Richtigkeit des Standpunktes der Majorität. Das Verständnis der Parole der Verhinderung des Aufmarsches in breiten Massen der Arbeiterschaft vor dem 7. Oktober und der ausgezeichnete Ablauf der Badener Konferenz zeigten, daß die Massenstimmung für den Kampf gegen den Faschismus ist. Vor allem aber ist festzustellen, daß zum erstenmal seit langer Zeit die KP eine reale politische und auf den Gang der Ereignisse bestimmende Rolle gespielt hat“.

Eines ist richtig! Die Massenstimmung für den Kampf gegen den Faschismus. Aber nicht als Auswirkung der Losungen der Partei! Daß die KPOe „eine reale politische auf den Gang der Ereignisse bestimmende Rolle gespielt hat“ ist kindische Narretei und beweist nur, daß man es mit eiteln eingebildeten kindischen Hohlköpfen zu tun hat. Abgesehen davon, daß sogar die primitivsten illegalen Vorbereitungen für derartige Aktion, wie sie am 7. Oktober geplant wurde, gefehlt haben, herrschte unter dem ZK eine derartige Konfusion, daß die Mehrheit des ZK selbst nicht einmal wußte, was am 7. Oktober zu geschehen hat. Welche Verwirrung mußte da unter den Mitgliedern hervorgerufen worden sein. Lassen wir einmal das Mitglied des ZK Genossen Schönfelder sprechen, also keinen „konterrevolutionären Trotzkyisten“ sondern einen braven Stalinisten, der mit den übrigen Mitgliedern des ZK nicht genug Dreck gegen uns spritzen konnte:

„Es ist natürlich möglich, daß man vor dem 7. Oktober nicht konkret wußte, was die Partei tun wird; das hängt immer auch von verschiedenen Details ab, die man nicht zur Gänze voraussehen kann. Aber die Führung der KPOe ist dazu da, daß sie weiß, was sie will. Auf diese Frage keine Antwort geben — und die ZK-Mehrheit verweigerte uns die Antwort — das ist nichts anderes als: Aus der Unklarheit eine politische

Linie machen.“ (Diskussionsartikel in der R. F. vom 3. Jänner 1929.)

Und da wundert sich noch so mancher ehrlich denkender Arbeiter in der KPOe, daß die breiten mit der Politik der SP unzufriedenen Massen den Losungen der KP nicht nur nicht folgen sondern überhaupt von der KP nichts wissen wollen und die Aktion zum 7. Oktober von der Arbeiterschaft unbeachtet zur Niederlage der Partei wurde.

Kampf gegen den Faschismus, ja!

Aber nicht unter der Führung dieser KPOe, die vor dem Totengräber der russischen Revolution, Stalin, auf dem Bauch kriechen und die alte Garde der Bolschewiki, die Führer des roten Oktobers mit Trotzky an der Spitze mit Dreck bespritzt.

Die österreichischen Arbeiter sind nicht blind! Mit gespannter Aufmerksamkeit sind ihre Augen nach Moskau gerichtet, und wenn Euch stalinistischen Herrschaften die Arbeiter derzeit noch keine andere Antwort geben, so strafen sie Euch mit Verachtung und gehen über die schönsten Aufrufe, Losungen und Parolen der KPOe. mit einer eisigen Gleichgültigkeit hinweg. Da nützen die tollsten Purzelbäume nichts, nichts das Hin- und Herspringen von einem Extrem ins andere.

Diese Mißerfolge ergeben, daß sie in den entscheidendsten Situationen entweder den Kampfwillen der Arbeiterklasse unterschätzen — das ZK nennt das „Ohnmachtsgefühl“ — oder aber, wie am **10. März** wahnsinnig überschätzen, sich aufblasen wie die Frösche und bei nächstbestener Gelegenheit wie eine Seifenblase in nichts zerplatzen. 3—4000 Arbeiter auf den Straßen in einer Millionenstadt mit überwiegender proletarischer Bevölkerung mit fast 400.000 organisierten sozialdemokratischen Arbeitern, ob da ein derartiges Geschrei, wie es die R. F. anstimmt, nicht grotesk wirkt, darüber ein Urteil abzugeben, glauben wir erübrigt sich. Bei dieser Gelegenheit soll betont werden, daß es auch in den Reihen der Leninistischen Opposition in Oesterreich Genossen gibt, die jene Eigenschaft der Aufschneideri schwer abzustreifen vermögen und damit der internationalen Opposition nicht wie sie meinen nützen sondern auf die Dauer schaden.*)

Das Proletariat muß den Kampf gegen den Faschismus führen. Darüber streiten wir uns nicht mit den Stalinisten. Aber erfolgreich ist dieser Kampf nur unter der Führung einer vom Proletariat geachteten und vor allem ernst genommenen Kommunistischen Partei zu führen.

Sind diese Grundvoraussetzungen bei der KPOe vorhanden? Wir glauben gründlich genug das Gegenteil davon bewiesen zu haben. Die Verhältnisse in der KP widerspiegeln den heutigen Kurs der Kominternpolitik, die eben einen derartigen Geist in den einzelnen Sektionen züchtet, den Geist des Stalinismus.

Die Sozialdemokratie hat den Faschismus großzuechtet. Der Stalinismus hemmt den Radikalisierungsprozeß des Proletariats und erschwert dadurch riesig den Kampf gegen den Faschismus. In seiner Auswirkung bewegt sich der Stalinismus auf derselben Linie wie die Sozialdemokratie!

Hier müssen wir die Hebel ansetzen! Für den erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus ist die leninistische Reform der Kommunistischen Parteien von entscheidender Bedeutung. Wer es mit der Arbeiterbewegung ehrlich und ernst meint, muß die Leninopposition in dieser Arbeit unterstützen und ihre Reihen stärken. Nicht raunzen, den Mut verlieren und zweifeln, sondern vorwärts mit dem Helden des roten Oktobers, mit Leo Trotzky und den Genossen der internationalen Opposition aller Länder zur Reform der Kommunistischen Internationale, aus der das werden muß, was sie unter Führung Lenins und Trotzky's einstens gewesen ist: eine mächtige Waffe in den Händen des internationalen Proletariats im Kampfe zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wird in die Kommunistische Internationale wieder der Geist Lenins einziehen, werden einmal die Kerktore geöffnet hinter denen tausende in revolutionären Kampf gestählter Bolschewiki schmachten, kehren unsere Brüder aus der sibirischen Verbannung wieder zurück in die Reihen der Partei, werden unserem Leo Trotzky die Grenzen seiner proletarischen Heimat geteilt, dann braucht uns nicht bange sein, dann wird es der Arbeiterklasse der ganzen Welt endlich gelingen die Kraft zu sammeln, die den internationalen Faschismus niederringt und auf den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufbaut eine neue Welt, den Sozialismus.

*) Dazu bemerken wir, daß diese Wiener Aufschneidergruppe, die wohlgezählte vier Mann zählt (als sie vor Jahresfrist ausschließen mußten, zählte sie sechs Mann) nicht nur aufschneidet, sondern auch fälscht. So leistet sich einer dieser Aufschneider in Nr. 11 der „Fahne des Kommunismus“ vom 15. d. folgendes: Die KPOe (Opposition) hat immer die Auffassung vertreten und vertritt sie auch heute, daß die Macht vom Proletariat auf die Bourgeoisie in Sowjetrußland niemals übergehen kann auf rein evolutionärem Wege, sondern daß Stalin der Bahnbrecher ist für die Bourgeoisie, daß diese aber die Macht an sich reißen kann letzten Endes nur durch Gewalt; insbesondere haben wir die Auffassung, daß die proletarische Diktatur in Sowjetrußland in die bürgerliche Demokratie übergehen könne, für rein menschewistisch erklärt. Eben diese grundfalschen Auffassungen, die wir verworfen haben vertrat jene Aufschneidergruppe. Um das jetzt zu verweisen, greift sie zur Fälschung, wir hätten erklärt: „Thermidor bedeute es erst bis die weiße Reaktion siegt“. . . . Die Methoden der Aufschneideri und gar der Fälschung, mit denen Sinowjew und Stalin so viel gesündigt und geschädigt haben, dürfen in der Leninopposition kein Leben gewinnen! Die Redaktion.



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die „Administration Wien, XVI Hyrtlgasse 19/4 zu richten

Krankenkassenmitglieder sind Patienten zweiter Kategorie.

Diese Erfahrung werden in der letzten Zeit, wo die Erkrankungen sich häuften, wohl viele Arbeiter gemacht haben. Ich will hier nur zwei Fälle anführen, wie Kassenmitglieder behandelt werden. Eine Frau kommt zum Kassenarzt Dr. Löwy, XXI., Anton Störkgasse und ersucht ihn, er möge ihren Mann besuchen, der mit 39 Grad Fieber selbst nicht kommen kann. Die erste Frage des Arztes ist: „Kassenmitglied?“ Was die Frau bejaht. Darauf der Bescheid: Anmeldungen für Kassenmitglieder sind von 7 bis 8 Uhr, kommen Sie morgen. Die Frau protestiert dagegen und verlangt, daß der Doktor heute noch kommen solle, was er glattweg ablehnt. Das war um 2 Uhr nachmittags. Am nächsten Tage, zur angesagten Zeit kommt die Frau wieder und abermals umsonst, weil sie keine Lohnklassenbestätigung mit hatte. Die Frau fragt, ob sie später kommen kann, weil sie sich erst die Bestätigung von der Fabrik holen müsse, was der Arzt abermals verneint mit der Bemerkung: „Amtsstunden sind nur von 7—8 Uhr, später hab' ich keine Zeit“. Der Arbeiter, wenn er abends von der Arbeit geht, kann ja nicht wissen, daß er nächsten Tag krank sein wird und nicht aufstehen wird können, weshalb er nicht immer eine gültige Bestätigung zur Hand hat. So mußte die arme Frau nun zum drittenmal, diesmal ausgerüstet mit der Bestätigung, den bitteren Weg zum Arzt machen und jetzt klappte die Sache. Der Patient wird eingetragen, der Arzt kommt, hält sich knappe fünf Minuten inklusive Ausstellung des Rezepts auf und der Arbeiter befindet sich im Krankenstand. Wäre der Patient, während er auf den Arzt wartete, gestorben, wäre wohl nach Meinung des Arztes nicht viel Schade gewesen, denn es gibt ja so viele Tausende, die den Platz als Arbeitsklaven für ihn hätten einnehmen können. Ich habe oft den schönen Spruch gelesen: „Arzt sein, heißt Mensch sein.“ Doch wie wenig trifft dieser Spruch im allgemeinen bei unseren Aerzten zu, am allerwenigsten bei Herrn Dr. Löwy. Dieser ist, wie die meisten seiner Kollegen, nicht Mensch, sondern Geschäftsmann. Wären Aerzte Menschen, würden sie, wenn sie zu einem Kranken gerufen werden, nicht fragen, ob privat oder Kassa, sondern würden kommen um zu helfen, nicht nur, um zu verdienen. Wie lange soll diese Kulturschande noch währen? Sie wird solange bestehen bleiben, solange wir nicht freie Aertzewahl haben. Es ist nur traurig, daß die SP und ihre Vertreter in der Krankenkasse so wenig Interesse für diese Frage aufbringen, sondern sich vielmehr für gut bezahlte Sekretär- und Präsidentschaftsposten interessieren.

Der zweite Fall, der nicht minder die Mängel in der Kassenversicherung dokumentiert, soll hier festgehalten werden. Bekanntlich haben Familienangehörige des Versicherten, Anspruch auf unentgeltlichen Bezug von Medikamenten, sowie teilweise Entschädigung des Aertzehonorars. Wie steht es in der Praxis mit diesem Recht? Es steht auf dem Papier, wie die meisten unserer Rechte. Beweis: Die Frau eines Arbeiters geht ins Spital, läßt sich untersuchen,

ihre Krankheit wird festgestellt, sie bekommt ein Rezept, und wird vom Spitalsarzt aufmerksam gemacht, daß sie das Medikament, das privat 1.50 bis 2.— S kosten würde von der Krankenkasse unentgeltlich bekommt. Die Frau geht zur Kasse, dort wird sie abgewiesen, weil das Rezept nicht von einem Kassenarzt bestätigt ist. Nun geht die Frau zum Kassenarzt und ersucht ihn, um Bestätigung des Rezepts, was dieser ablehnt, weil sie nicht selbst Kassenmitglied ist. Die Frau müßte, wenn sie das Medikament von der Kasse unentgeltlich bekommen wolle, sich vom Kassenarzt untersuchen lassen, dafür vier Schilling bezahlen, dann bekäme sie das Medikament zu S 1.50 gratis. Man muß es unseren Aerzten lassen, sie sind tüchtige Geschäftsleute, aber keine Menschen, und die Krankenkasse ihrer wert.

O. R. XXI., Metallarbeiter.

Anmerkung der Redaktion: Es ist der Kapitalismus, der die Aerzte zu Geschäftsleuten macht. Aber viele Kassenärzte betätigen eine sogar das kapitalistische Durchschnittsmaß überragende Geschäftstüchtigkeit an den Patienten und gerade sie sind die Lieblinge der Krankenkassenleitungen.

Brief eines sozialdemokratischen Arbeitslosen.

Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 40 „Die Stimme eines Arbeitslosen“ möchte ich Sie bitten mir in der „Arbeiter-Stimme“ etwas Raum zu schenken. Genosse F. B. aus Hainburg hat seine Meinung ehrlich und unverfälscht ausgedrückt. Zusammenschluß aller Arbeitslosen, Vertrauenspersonen wählen die sich wirklich und ernst mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen, keine Bettelunterstützung sondern Arbeit wollen wir! Es ist bedauerndwert, daß die „Arbeiter-Stimme“ nicht als Tageszeitung erscheinen kann, denn sie ist eine Zeitung für die Interessen der Aermsten.

N. P. Hainburg.

Kampf gegen den Faschismus! 25. Februar — 10. März.

Zehn Jahre österreichische Republik, 95 Prozent der Arbeiter hinter der SP und doch ist es möglich, daß Arbeitermörder, Söldlinge des Kapitals offen in den Straßen Wiens marschieren!

Arbeiter, könnt ihr noch immer die Politik eurer Führer für proletarisch halten? Was nützen euch 95 Prozent der Gesamtarbeiterchaft in einer Partei, die längst schon nicht mehr die Partei der Arbeiter ist!

Dem Faschismus, der eine internationale Erscheinung ist und in allen Ländern vorstößt, ermöglicht das Dasein die offene Preisgabe der Arbeiterinteressen durch die ganze SP, Sozialistische Internationale und andererseits durch die Politik der Stalin-Internationale.

Der Kampf gegen den Faschismus muß aufgenommen werden wenn die Arbeiterchaft sich nicht völlig dem Kapital unterwerfen will.

Aber ein Kampf gegen den Faschismus von jenen Männern geführt, die auf die Fahne schreiben, zuerst Tod der Opposition mit ihrem Führer Trotzky, Tod allen Kommunisten die nicht nach der Pfeife Stalins tanzen, ein solcher Kampf ist kein Kampf gegen den Faschismus, sondern eine Maskierung der Stalinpolitik in Rußland.

Wer gesehen hat, mit was für einem Geschrei und Propagandamaterial die Honorarpolitiker der Alserstraße die Veranstaltung am 10. März vorbereitet haben, muß nach dem Besuch konstatieren, daß die Politik Stalins kein Vertrauen bei den österreichischen Arbeitern hat.

Wenn ich den Prahlhansen der Alserstraße diesmal schmeichle und sage, es waren 3.000 alles in allem, so werden es bei dieser Stalinpolitik bald kaum mehr tausend sein.

Einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus zu führen und die Arbeiter dazu zu mobilisieren, das verlangt eine Partei mit revolutionärem Geist, innerer Parteidemokratie, keine Verbannungspolitik, keine Korruptionspolitik.

Es lebe der Geist Lenins!

Es lebe die Opposition mit ihrem Führer Trotzky! Treue dem roten Oktober!

L. Beran.

Dummkopf oder politischer Gaukler?

Der „Abend“ vom 12. Februar bringt eine Kritik über Trotzky unter den Titeln: „Ein neues Buch von Trotzky, der Gipfel des Sektiererwahns“ und „Der revolutionäre Romantizismus Trotzky's“ worin er Trotzky's Beurteilung der politischen Lage in entstellter Form wiedergibt. Trotzky sehe in Europa eine akut revolutionäre Situation, Trotzky kritisiere bloß, aber zeige keinen besseren Wegweiser und was er vorschläge sei eine Utopie. „Trotzky ist einzig, unübertrefflich, meisterhaft in der Kritik. Jeder Hieb sitzt, alles ist geistreich und folgerichtig. Sicherlich übertrifft er an Geist, Wissen, ja an internationaler Begeisterung alle seine Gegner. Stalin denkt dabei vor allem an Rußland, Trotzky vor allem an Europa.“

So wie alle anderen, die den Versuch machen, die falsche, unleninistische Linie Stalins als die einzig mögliche und richtige zu beweisen, muß auch der Kritiker vom „Abend“ sich in solche Widersprüche verwickeln, wobei er einmal beweist, Trotzky sei ein Sektierer, das andere Mal er sei der hervorragendste Internationalist, das einmal ist aber Trotzky geistreich und folgerichtig, das andere Mal ist wieder alles unrichtig und schädlich. Es ist schwer, eine Zeitung, die solchen Konfusionisten ihre Spalten öffnet, ernst zu nehmen.

H. K., XX., Fabrikarbeiter.

„Soziale Kosmetik“.

Einen neuen Weg, den Prozentsatz an aufrührerischen Naturen im Proletariat herabzudrücken, will ein Berliner Arzt gefunden haben. Er nennt sein System „Soziale Kosmetik“ und hat es bereits dem deutschen Reichstag (!) vorgetragen.

Menschen mit schiefen Nasen, mit Höckern, Hasenscharten, schlechtem Teint usw. fühlten sich durch solche „unsozialen“ Eigenschaften den Normalen gegenüber benachteiligt und würden so, nachdem sie überdies oft noch zum Spottgegenstand der Gesunden werden, aus innerem Protest zu Aufrührern und Revolutionären. Der Begründer des Systems der „Sozialen Kosmetik“, Dr. Gumpert, Berlin, belegt diese Tatsachen sogar mit historischen Beispielen.

In Zukunft müsse, meint er, kosmetische Hilfe auch den Unbemittelten durch die Krankenkassen usw. zuteil werden. Denn: „Verschönert die Menschen, und ein weiterer sozialer Unterschied ist gefallen!“, so ruft Dr. Gumpert zum Schluß aus.

So weit, so gut. Mag richtig sein, daß durch solche kosmetische Operationen Selbstbewußtsein und persönliches Glücksgefühl so manches Proleten, so mancher Arbeiter wiederhergestellt und gehoben werden. Aber es ist so „häßlich“ eingerichtet in dieser gottgewollten Ordnung: Kaum wird man dem Einen zu einer geraden Nase verholfen haben, so wird er morgen mit dem Arm in die Maschine geraten — oder mag man dem Anderen die entstellende Hasenscharte vernähen, so wird er drei Wochen später doch zum Strick greifen: denn Not, Arbeitslosigkeit, einen leeren Magen kann man nicht „kosmetisch“ wegoperieren! Da wird schon nötig sein, daß die Arbeiter mit diesen „Schönheitsfehlern“ der kapitalistischen Welt, vor allem mit dem Ausbeutersystem, durch eine gründliche und energische „kosmetische“ Operation, lies Revolution, aufräumen! Und diese Revolution werden auch die Mittelchen des Dr. Gumpert nicht verhindern!

m—k.

Wer sind die Verbannten?

Weiter unten geben wir Biographien derjenigen verbannten Genossen wieder, von denen wir etwas Genaueres feststellen konnten.

Vorher bringen wir eine für sich sprechende Tabelle. In der Zeit von Anfang 1919 bis Anfang 1921, in den für die Sowjetrepublik schwersten Jahren — den Jahren des Bürgerkrieges — waren 25 Genossen im ZK der WKP gewesen.

Wo befinden sich diese Genossen 5 Jahre nach dem Tode Lenins? Diese Tabelle gibt darauf eine Antwort.

Drei gestorben: 1. Lenin, 2. Derschinski, 3. Artem. Zehn Stalinisten: 1. Stalin, 2. Bucharin, 3. Tomski, 4. Rykow, 5. Kalinin, 6. Andrejew, 7. Muranow, 8. Stassow, 9. Rutsutak, 10. Stutschka.

In der Opposition 12: Davon kapituliert: 1. Sinowjew, 2. Kamenew, 3. Jewdokimow. Davon im Exil: 1. Trotzky, 2. Rakowski, 3. Radek, 4. Smilga, 5. Smirnow I. N., 6. Serebrjakow, 7. Beloborodow, 8. Preobraschenski. Davon unbekannt: 1. Krestinski.

Wenn man die verstorbenen nicht mitzählt, so sind von den 23 Ueberlebenden 12 in der Opposition. Von ihnen befinden sich zurzeit 8 Mann in der Verbannung. Jedermann, der mit der Geschichte der WKP bekannt ist, weiß, welches Gewicht diese 8 Mann gegenüber den anderen besitzen. Hier sei nach der politischen Vergangenheit der verbannten ehemaligen ZK-Genossen und einiger anderer verbannter Genossen ein Auszug gegeben:

E. A. Preobraschenski.
Mitglied der Partei seit 1903. Er war mit anwesend auf der bolschewistischen Konferenz in Finnland. Leitete die illegale Arbeit im Ural. War fünfmal im Gefängnis. War 5 1/2

Jahre in Sibirien verbannt, wo im auch die Revolution 1917 traf. Einer der wichtigsten Organisatoren der Oktoberrevolution im Ural und auch weiterhin Leiter der Oktoberrevolution. Unter Lenin Mitglied des ZK und einer der Redakteure der „Prawda“, 1919 bis 1920 Sekretär der Partei.

Ein angesehenes Parteiliterat und Theoretiker. Aus Ironie des Schicksals oder Stalins ist er nach Uralsk verbannt, unweit des Ortes, wo ihn eine mehr als zehnjährige revolutionäre Tätigkeit geschult hat.

L. Serebrjakow.
Metallarbeiter. Mitglied der Partei seit 1904. Einer der aktivsten illegalen Bolschewiken. 14 mal in der Verbannung verhaftet worden. In der Verbannung war er fünfmal. Er ist jedesmal entflohen. In den Oktobertagen führte er die Anweisungen des ZK in der Organisation des Umsturzes in Moskau aus. In den Jahren des Bürgerkrieges befand er sich an der Front. Unter Lenin Mitglied des ZK 1919—1920 Sekretär der Partei.

L. Sosnowski.
Mitglied der Partei seit 1903. Zusammen mit Preobraschenski leitete er die illegale Arbeit im Ural und zusammen mit ihm auch den Oktoberumsturz daselbst. Sosnowski ist einer der Organisatoren der „Prawda“ und einer der nächsten Mitarbeiter 1912—1914. War mehrere Male im Gefängnis und in der Verbannung. Sosnowski ist unter den russischen Arbeitern der populärste Journalist, der mitleidlos alle negativen Seiten des Sowjetlebens aufdeckte und festnagelte.

*) Der dritte und der energischste Leiter des Oktoberumsturzes im Ural war S. Marotschowski. Mitglied der Partei seit 1905, heute von Stalin ins Gefängnis gesetzt wegen Verbreitung der Plattform der Opposition.

I. Smilga
Bauer, Mitglied der Partei seit 1907. Einer der bekanntesten illegalen Bolschewiken. Verbannter zweimal. In den Oktobertagen leitete er die finnländische Organisation. Einer der größten militärischen Leiter des polnischen Feldzuges 1920 Mitglied des ZK.

A. Beloborodow.
Metallarbeiter im Ural, Mitglied der Partei seit 1907. Einer der Führer der Uralschen Organisation. Unter Lenin Mitglied des ZK.

Karl Radek.
Seit 1902 tätig in der revolutionären Arbeiterbewegung. In der zweiten Internationale befand er sich auf dem linken Flügel, der von Lenin und Rosa Luxemburg geführt wurde. Seit Anfang des Krieges nahm er eine klare internationalistische Linie ein. Für seine Propaganda gegen den Krieg wurde er aus Deutschland ausgewiesen. Ansässig in der Schweiz, setzte Radek seine Arbeit in der gleichen Richtung zusammen mit Lenin fort, beteiligte sich an der Konferenz in Zimmerwald und Kienthal, aus der er späterhin die Kommunistische Internationale emporwuchs. Nach der Februarrevolution begab er sich mit Lenin nach Rußland, wurde aber als Ausländer von der provisorischen Regierung Kerenskis nicht in das Land gelassen und war er gezwungen in Stockholm zu bleiben. Hier wurde er zum Vertreter des ZK der Bolschewiki ernannt und war der Vermittler zwischen den Bolschewiken und den Internationalisten der anderen Länder. Erst nach der Oktoberrevolution konnte Radek nach Rußland kommen, wo er nach dem Auftrag des ZK die Schaffung der Kommunistischen Internationale vorbereitete. Während einer hiermit verbundenen Reise nach Deutschland zur Beteiligung am Spartakuskongreß, wurde er verhaftet. Der Anfang des Jahres 1919 stattfindende VIII. Kongreß der RKP schickte ihm im Namen der Partei auf

Öffentliche Antwort.

In der Versammlung beim Weigl am 10. März erlaubte ich mir die Bemerkung: Und was ist mit Trotzky?! Nun erhalte ich mit der Anstrudelung „Werter Genosse“ — bisher waren wir doch „Konterrevolutionäre“! Oder sind wir nicht mehr, wir Trotzkyisten? — einen Brief der Wiener Stadtleitung der Stalinpartei, worin sie mich zu einer Sitzung einladet, um mir „Aufklärung über Trotzky“ zu geben. . . .

Dieser Einladung bedauere ich nicht folgen zu können. Denn eine „Aufklärung“ in einem Konventikel in dieser entscheidenden Frage interessiert mich gar nicht. Auch die „Aufklärung“ die die „Rote Fahne“ über Trotzky verzapft ist geheim, denn bekanntlich erscheint die „Rote Fahne“ mit Ausschluß der Öffentlichkeit, sie wird von den österreichischen Arbeitern nicht gelesen. In der Versammlung beim Weigl am 10. März, da hätte mich die „Aufklärung über Trotzky“ sehr interessiert, weil Ihr Stalinisten vor den versammelten Arbeitern hättet „aufklären“ müssen, wie ihr denn Euren Kampf gegen den Faschismus vereinbaren wollt, mit Euren Kampf gegen Trotzky. Beides zugleich verträgt sich nicht — vom proletarischen Standpunkt versteht sich! — nur eines von den beiden kann wahr sein. Euer Kampf gegen Trotzky ist blütiger Ernst, das sieht der blindeste Arbeiter. Was aber ist dann von dem Ernst Eures Kampfes gegen den Faschismus zu halten? Ich will kein scharfes Wort gebrauchen. Die Arbeiter geben Euch die Antwort: sie meiden Euch. Ihr wißt es. Und

eben deshalb meidet ihr die „Aufklärung über Trotzky“ vor den wenigen Arbeitern die noch zu Euch kommen. Und eben deshalb wollt ihr „aufklären“ in Konventikeln, um Gimpel zu fangen. Aber mit dieser Eurer Politik werdet zum Schluß Ihr selbst die Gimpel sein.
Franz Beran, XVI., Holzarbeiter.

An unsere Leser!

Obwohl die Notwendigkeit einer Erhöhung des Blattpreises wiederholt schon an uns herantrat, haben wir alle Opfer gebracht, um das Erscheinen der „Arbeiter-Stimme“ zum bisherigen Preis zu ermöglichen. Da wir aber buchstäblich alles selbst erhalten müssen, so werden wir voraussichtlich nicht umhin können den Blattpreis zu erhöhen. Den Standpunkt der Leninopposition, kennen zu lernen ist für jeden Arbeiter Klassenpflicht.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft die „Arbeiter-Stimme“ auch wenn sie den Blattpreis erhöhen müßte, unterstützen und fördern wird.

Die Verwaltung der „Arbeiter-Stimme“.

Werdet Abonnenten!

Werbet Abonnenten!

Aus Trotzky's Erinnerungen.

Wenn man den heutigen Parteihistorikern und Theoretikern glauben soll, so waren die ersten sechs Jahre der Revolution vollkommen mit den Meinungsverschiedenheiten über Brest-Litowsk und über die Gewerkschaften ausgefüllt. Alles andere ist verschwunden: verschwunden ist die

Vorbereitung des Oktoberumsturzes

verschwunden der Umsturz selbst, verschwunden der Aufbau des Staates, der Aufbau der Roten Armee, der Bürgerkrieg, verschwunden sind die vier Kongresse der Komintern, die ganze literarische Arbeit für die Propaganda des Kommunismus, die Arbeit für die Leitung der ausländischen kommunistischen Parteien und unserer eigenen. Von all dieser Arbeit, wo ich im Wesentlichen mit Lenin solidarisch war, sind bei den heutigen Historikern nur zwei Momente übriggeblieben: Brest-Litowsk und die Gewerkschaften.

Am allerlächerlichsten wirkt wenn der Genosse Bucharin die Diskussion über die Gewerkschaften etwas unvorsichtig für den Kampf gegen den „Trotzkismus“ auszunutzen anfängt. Folgendermaßen bewertete Lenin seine Stellungnahme bei dieser Diskussion:

Lenin über Bucharin.

„Bis jetzt war die „wichtigste“ Person in diesem Kampfe Trotzky. Jetzt hat ihn Bucharin weit überholt und ihn ganz „verdunkelt“; er hat ein ganz neues Verhältnis zu Kampf geschaffen, denn er hat sich in einen Fehler hineingeredet, der hundertmal größer ist, als alle Fehler Trotzky's zusammengekommen.“

Wie konnte sich Bucharin zu solchen Reden hinreißen lassen, die nichts mehr mit Kommunismus gemeinsam haben? Wir kennen die ganze Weichheit des Gen. Bucharin, eine seiner Eigenschaften, um die ihn alle so lieben, und auch gar nicht anders können. Wir wissen, daß man ihn mehr als einmal spaßhalber „weiches Wachs“ nannte. Es erweist sich, daß auf diesem „weichen Wachs“ ein beliebiger „prinzipienloser“ Mensch, ein beliebiger „Demagoge“ schreiben kann, was er will. Diese in Anführungsstriche genommenen scharfen Ausdrücke gebrauchte — und hatte auch das Recht, sie zu gebrauchen — der Genosse Kamenew bei

der Diskussion am 17. Januar. Aber weder Kamenew noch irgend einem anderen kommt es in den Sinn, das Geschehene mit prinzipienloser Demagogie zu erklären, auf sie zurückzuführen.“ (Band XVIII, T. I, Seite 35.)

„Damals 1921 bestand die Gefahr, daß alle Politik der Komintern auf der Linie der

Märzereignisse in Deutschland

weitergehe, d. h. auf der Linie der Versuche, die revolutionäre Lage künstlich zu schaffen und das Proletariat zu „elektrisieren“, wie sich ein deutscher Genosse ausdrückte. Diese Stimmung war die herrschende auf dem Kongreß, und Lenin kam zu der Schlußfolgerung, daß, wenn die Internationale so weiterarbeiten sie sich bestimmt den Schädel einrennen. Noch vor dem Kongreß habe ich dem Genossen Radek einen Brief, von dem Lenin nichts wußte, geschrieben, in dem ich meine Eindrücke von den Märzereignissen niederlegte. Angesichts der kitzlichen Lage, die Meinung Lenins nicht kennend und wissend, daß Sinowjew, Bucharin und Radek im allgemeinen für die deutsche Linke waren, habe ich, selbstverständlich, nicht öffentlich gesprochen, sondern Radek einen Brief (in Form von Thesen) geschrieben, damit er seine Meinung zum Besten gebe. Mit dem Genossen Radek wurden wir nicht einig. Lenin erfuhr davon, berief mich zu sich und charakterisierte die Lage in der Komintern als mit den größten Gefahren verbunden. In der Bewertung der Lage und der Aufgabe waren wir vollkommen solidarisch.

Nach dieser Beratung sprach Lenin den Genossen Kamenew, um sich die Mehrheit im Politbüro zu sichern. Das Politbüro bestand damals aus fünf Mann, mit Genossen Kamenew waren wir drei, folglich die Mehrheit. Und in unserer Delegation waren wir — von der einen Seite — die Genossen Sinowjew, Bucharin und Radek, von der anderen — Lenin, ich und Genosse Kamenew, wobei wir formelle Sitzungen hatten nach den Gruppierungen. Lenin sagte damals: „Nun bilden wir eine neue Fraktion.“

In den weiteren Verhandlungen über den Text der Resolution war ich dann der Vertreter der Fraktion des Gen. Lenin. Radek vertrat die Fraktion Sinowjew. (Sinowjew: Jetzt hat sich die Sachlage geändert.)

die Initiative Lenins hin eine Begrüßung. Nach der Rückkehr nach Rußland wurde Radek zum Mitglied des ZK und des Ekki gewählt, wo er auch bis zum Tode Lenins als einer der aktivsten ihrer Führer verblieb. Seine unermüdete Agitations-Organisations- und Propagandatätigkeit in der Komintern machte ihn zu einem Schreckgespenst für die ganze Weltbourgeoisie. Der „nicht fest zu bekommende“ Radek war der Gegenstand immerwährender Suchereien der Polizeispitzel der ganzen Welt. Es gibt fast kein Land wo nicht für die Gefangennahme Radeks große Prämien ausgesetzt waren. Das war auch das Thema eines bekannten Karikaturisten der Sowjetunion, der Radek in roter Farbe darstellte, der rasch über Europa mit einem Kofferchen in der Hand dahinfährt und mit der Unterschrift aus dem kommunistischen Manifest: „Es geht ein Gespenst durch Europa — das Gespenst des Kommunismus.“

Mit dem Tode Lenins hat dieser internationale Revolutionär, der seine Heimat im Lande der Revolution gefunden hatte, angefangen, zusammen mit den alten russischen Revolutionären, von der Arbeit abzustehen. Jetzt teilt er mit den Russen ihr Schicksal. Von den Kriminalbeamten der ganzen Welt nicht gefangen, ist er von der Stalinschen GPU nach Sibirien verschickt worden, nicht weit von jenem Ort, wohin seinerzeit die Sowjetregierung den ehemaligen Zaren geschickt hat.

Christian Rakowski.

Rakowski ist einer der hervorragendsten Genossen der internationalen revolutionären Bewegung. Der Geburt nach Bulgare, der Erziehung nach Rumäne, der weiteren Ausbildung nach Franzose, ist er unmittelbar mit den Parteien und der revolutionären Bewegung der wichtigsten Länder verbunden. Von 1890 an, als er seine revolutionäre Tätigkeit anfang, gibt es fast kein europäisches Gefängnis, in welchem er nicht gewesen ist. Einer der

Gründer und Leiter der sozialistischen Bewegung in den Balkanstaaten, nahm er von Anfang des Krieges eine internationalistische Position ein und war wie Radek Teilnehmer der Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal. Für seine Propaganda gegen die Beteiligung Rumäniens am Kriege, wurde er in Bukarest ins Gefängnis geworfen. Beim Rückzug im Kriege nahm ihn die Regierung mit sich und führte ihn in das Gefängnis zu Jassy über. Hier wurde er 1917 von den russischen revolutionären Armeen befreit. Wie Radek fand er auch seine neue Heimat in dem Lande der Sowjets. Er nahm sofort eine hervorragende Stellung in der RKP ein und war ununterbrochen Mitglied des ZK bis Ende 1927. Gleichzeitig war er, wie es in den Anmerkungen zu den Werken Lenins heißt, „einer der Gründer und hervorragenden Mitarbeiter der III. Internationale.“ Rakowski war im besonderen der Organisator und Leiter der kommunistischen Föderation auf dem Balkan.

Bis zum Tode Lenins war Rakowski Vorsitzender der Ukrainischen Regierung und Vorsitzender des Politbüros der kommunistischen Partei der Ukraine. Nach dem Tode Lenins bemühte man sich, ihn zu entfernen, und schickte ihn zur diplomatischen Arbeit ins Ausland.

Direkt von dieser Arbeit — vom Posten eines Botschafters der SSSR in Frankreich, kam Rakowski in die Verbannung.

Bekannt mit den Gefängnissen fast der ganzen Welt, hat Rakowski durch einen glücklichen Zufall seinerzeit die Gefängnisse und die Verbannungsorte Rußlands nicht kennengelernt. Stalin beilte sich, ihm zu helfen, diese Lücke in seinem Leben auszufüllen.

Zu unserem Bedauern ist es uns nicht gelungen, nähere Nachrichten über die übrigen Verbannten zu erhalten: Wir bringen daher nur kurze Bemerkungen über die uns bekannten Personen:

Ja, sie hat sich geändert. Wobei Gen. Sinowjew damals ziemlich entschieden den Genossen Radek beschuldigte, bei den Verhandlungen seine Fraktion „verraten“ zu haben, d. h. auf zu große Zugeständnisse eingegangen zu sein. Der Kampf war hart in sämtlichen Parteien der Komintern, und Lenin beriet sich mit mir, was wir tun sollten, falls sich der Kongreß gegen uns aussprechen würde: unterwerfen wir uns dem Kongreß, dessen Beschlüsse verderblich werden könnten, oder unterwerfen wir uns nicht? Einen Abganz dieser Beratung kann man im Stenogramm meiner Rede finden. Ich sagte damals — im Einverständnis mit Lenin — daß wenn ihr, der Kongreß, gegen uns beschließen werdet, so denke ich doch, daß ihr uns einen bestimmten Spielraum geben werdet, damit wir auch weiterhin unseren Standpunkt vertreten können. Der Sinn dieser Worte war vollkommen klar. Ich muß aber hinzufügen, daß das Verhältnis innerhalb unserer Delegation, dank der Leitung Lenins, ein ganz kameradschaftliches war.“ (Stenogramm der Sitzung des Politbüro ZK WKP 18. März 1926, Seite 12 und 13.)

Im Einverständnis mit Lenin verteidigte ich unsere gemeinsame Position im Exekutivkomitee, dessen Sitzungen den Sitzungen des II. Kongresses vorangingen. Ich setzte mich dem scharfen Feuer der sogenannten „Linken“ aus. Lenin eilte zu der Sitzung des Exekutivkomitees und führte dort Folgendes aus:

„. . . Ich kam hieher, um gegen die Rede des Genossen Bela-Kun zu protestieren, welcher gegen den Genossen Trotzky aufgetreten ist, anstatt ihm beizustehen, was er hätte tun müssen, wenn er ein echter Marxist sein will. . . .“

„. . . Der Genosse Laporte war im Unrecht, und der Genosse Trotzky hatte recht, als er gegen ihn sprach. . . . Genosse Trothzky hat tausendmal recht wenn er das immer wieder behauptet. Und hier kommt noch der Luxemburger Genosse, der der französischen Partei vorwirft, daß sie die Okkupation Luxemburgs nicht sabotierte. Er denkt, daß dies eine geographische Frage sei, wie es Bela-Kun meint. Nein, daß ist eine politische Frage, und Genosse Trotzky hatte vollkommen recht, wenn er dagegen protestiert. . . .“

„. . . Darum hielt ich es für meine Pflicht, im hauptsächlichsten das zu unterstützen, das Genosse Trotzky gesagt hat. . . .“ usw.

In allen Reden Lenins, die sich auf den III. Kongreß beziehen findet man dieses starke Unterstreichen der vollsten Solidarität mit dem Genossen Trotzky.

AUS DER PARTEI:

Diskussions - Abende

JEDEN FREITAG ABEND

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47,
Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliengasse 11,
Gasthaus Papier, V., Kohlgrasse 4,
Gasthaus Maierhofer, XXI., Bahnsteggasse 2.

Preßfond: Bez.-Org. XVI. S 50.—, Karl Stöckl XVI., S 1.—.

Musikkundige Genossen

welche Mandolin, Tamborizza oder Ballalaika spielen, mögen sich beim Genossen Grünwald Franz, Wien, XX., Engerthstraße 101, XVIII. Stiege III, melden. — Uebungsabende jeden Freitag von 6—9 Uhr abends.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Beran XVI., Hyrtlgrasse 19/4 — Druck: Buch- und Kunstdruckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Josef Löhner, Wien, III., Custozzagasse 8.

Rafail. Arbeiter, Schneider, Mitglied der Partei seit 1912. In den Jahren des Bürgerkrieges war er Sekretär der kommunistischen Partei Ukrainas.

T. Sapronow.*) Arbeiter, Maler, Mitglied der Partei seit 1911. 1917—1920 Mitglied des Moskauer Bezirkskomitee der Partei.

W. M. Smirnow. Mitglied der Partei seit 1907. In den Oktobertagen Mitglied des Revolutionären Kriegskomitees in Moskau. Nahm persönlich Anteil an den Kämpfen. In den Jahren des Bürgerkrieges war er an der Ostfront.

Andreitschin. Alter internationaler Revolutionär, der Herkunft nach Bulgare. Viele kennen ihn auch als einen der Organisatoren der kommunistischen Partei Amerikas.

Woronski. Der Herkunft nach Bulgare. Nimmt teil an und Kritiker.

Wujowitsch. Der Herkunft nach Bulgare. Nimmt teil an der Revolutionären Bewegung seit 1912. Auf dem 5. Kongreß der Komintern ist er zum Mitglied des Ekki ernannt worden.

Drobnis. Arbeiter, Schneider, Mitglied der Partei seit 1907. Einer der hervorragendsten Teilnehmer des Bürgerkrieges in der Ukraine. War von den Weißen zum Tode verurteilt und rettete sich dank einem Zufall.

Viele andere der verbannten gehören entweder der alten bolschewistischen Garde an oder sie gehören der jungen Generation der Bolschewiki an, die den Bürgerkrieg ausgetragen haben.

(Fortsetzung folgt.)

*) Sapronow und W. M. Smirnow sind die Leiter einer oppositionellen Gruppe, die nicht in allen Fragen mit Trotzky zusammengeht.